# Nationalismus ist keine Alternative!

## ...Sozialabbau, Rentenkürzungen und Privatisierungen sind es auch nicht!

**Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) springt von einem Umfragehoch zum nächsten. Hierbei ist es vor allem ihre rassistische und antiislamische Hetze, die ihnen Zulauf beschert. Ein Blick über die täglichen Nachrichten hinaus und hinein in das Grundsatzprogramm (pdf-Version vom 27.06.2016) offenbart eine weitere Seite der AfD, die nicht nur rassistisch, antifeministisch und nationalistisch ist, sondern gleichzeitig auch noch marktradikal und sozialchauvinistisch. Die Umsetzung dieser Vorstellungen würde vor allem Erwerbslose, Renter*innen, Niedriglohnarbeiter*innen und Alleinerziehende treffen. Da unterscheidet sich die AfD nicht grundsätzlich von der Politik, mit der CDU/CSU, die FDP, die SPD und die Grünen in den letzten Jahrzehnten auf Bundesebene den Menschen das Leben schwer gemacht haben.**

*Eine Auseinandersetzung mit dem Grundsatzprogramm der AfD ist recht gewagt, denn sie formuliert dabei im Moment noch recht schwammig, was sie konkret will. Aus den Äußerungen ihrer Funktionäre in Talkshows und Zeitungen lässt sich ableiten in welche Richtung die Partei gehen wird. Die Äußerungen ihrer Anhänger und Anhängerinnen in den Kommentarspalten der Medien und sozialen Netzwerken zeigen dabei deutlich, dass ein Großteil der AfD-Anhängerinnen und Anhänger das Parteiprogramm entweder nicht gelesen, nicht verstanden oder schlicht kein Problem damit haben, dass Reiche weniger Steuern zahlen und dafür das Renteneintrittsalter erhöht und gleichzeitig die Renten gesenkt werden sollen.*

So äußerte sich Frauke Petry wenige Tage nach dem Parteitag am 31.05.2016 in Stuttgart gegenüber „Der Welt“ (vom 05.06.2016), dass „an einer weiteren Verlängerung der Lebensarbeitszeit [...] kein Weg vorbei“ führe. Außerdem werde man „vermutlich über eine weitere Kürzung der Renten reden“ müssen. Das ist nicht besonders alternativ, sondern hört sich verdammt nach der gleichen Politik an, die uns schon seit Jahrzehnten von allen anderen Regierungsparteien aufgezwungen wird. In ihrem Parteiprogramm liest sich das so: „Ein reformiertes Renten- und Steuersystem soll sicherstellen, dass kinderreiche Familien aus unteren und mittleren Einkommensgruppen nicht mehr am Rande des Existenzminimums leben müssen und ausreichende eigene Rentenansprüche aufbauen.“ (S.37/5.4.3).

Es soll also nicht nur an den für die deutsche Wirtschaft nicht mehr brauchbaren Arbeiter*innen gespart werden, hier soll zugunsten des von der AfD bevorzugten Familienmodells der deutschen Großfamilie mit Vater und Mutter an der Spitze umverteilt werden. Dazu passt Petrys Propagierung der deutschen Familie mit wenigstens drei Kindern. Auch der konservativ-islamische Präsident der Türkei, Recep Tayyip Erdogan, wünscht sich von seinen islamischen Anhängerinnen und Anhängern, dass sie pro Familie wenigstens drei Kinder in die Welt setzen, als Muslime aber am besten gleich ganz auf Verhütung verzichten sollen, wie „Zeit-Online“ am 30.05.2016 berichtete. Die AfD schwärmt gerne von einem „Abtreibungsrecht“ nach dem Vorbild Polens - also der weitestgehenden Abwesenheit davon, legal und damit sicher eine Abtreibung durchführen zu können. Bei der AfD heisst das, die Partei setze sich „[…] für eine Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene ein“ und „wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären.“ (S.44/6.7). Im Klartext bedeutet das, dass mit der AfD Abtreibungen verboten werden sollen.

Wie die AfD weiter behauptet, schätze „ein falsch verstandener Feminismus […] einseitig Frauen im Erwerbsleben, nicht aber Frauen, die ‚nur‘ Mutter und Hausfrau“ seien (S.41/6.1). Das stinkt verdammt danach, dass Frauen wieder aus dem Erwerbsleben herausgedrängt und in ihr altes und von Männern zugedachtes Rollenbild gezwungen werden sollen. Weiter wird behauptet, dass „Familien […] gegenüber Kinderlosen in dramatischer Weise finanziell benachteiligt“ seien. Dabei ergibt sich eine „finanzielle Benachteiligung“, egal ob allein oder als Familie, wohl vorrangig aus zu beschissen bezahlten Jobs, zu hohen Mieten und steigenden Lebenserhaltungskosten.

Dazu passen die Vorstellungen, die Lohnnebenkosten auf verschiedenen Wegen zu senken. Über die Zuzahlungen für alle beschäftigten Lohnabhängigen der Unternehmen in die Pflege-, Renten-, Arbeitslosen-, Unfall- und Krankenkassen jammern gerade die Unternehmen schon immer und genau so lange hacken die verschiedenen Parteien auf diesen Pfeiler des Sozialstaats ein - da ist die AfD nicht die erste.

Überhaupt ist Politik der AfD im Sinne von Reichen, ImmobilienbesitzerInnen, (mittelständischen) UnternehmerInnen und sogenannten „Besserverdienenden". Die Erbschaftssteuer soll abgeschafft und die Gewerbesteuer reduziert werden. In einem Interview konkretisiert Frauke Petry, der Reformvorschlag sei angelehnt an die Idee von Paul Kirchhof. Das von Paul Kirchhof entwickelte Modell sah seinerzeit vor, dass alle Einkommensarten nach dem gleichen Tarif besteuert werden – egal ob Löhne, Unternehmensgewinne oder Kapitalerträge. Jahreseinkommen bis 10.000 Euro sollten danach steuerfrei sein, anschließend gab es zwei Stufen à 15 und 20 Prozent. Für alle Jahreseinkommen ab 20.000 Euro sollte ein Steuersatz von 25 Prozent gelten. Dieser Prozentsatz war nach dem damaligen Kirchhof-Modell gleichzeitig auch der Spitzensteuersatz (S74/11.1). So berichtete der Blog Campact im September 2016. Die sich daraus ergebende Steuerlücke müsste auch wieder geschlossen werden und die bisherigen Ideen der AfD lassen ahnen, dass sie das dann fehlende Geld nicht von anderen Reichen holen würde. Mit einer ähnlichen Idee, eines Steuerstufenmodells, scheiterte die CDU bereits 2011.

Überhaupt lässt die Formulierung, dass „der Staat […] sich verzettelt" habe und es darauf ankomme, dass es einer neuen „Konzentration auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung" brauche, viel Gestaltungsspielraum. Die Ergänzung, dass „Aufgaben jenseits dieser vier Kerngebiete [...] besonderer Rechtfertigung" bedürfen und dass „staatliche Einrichtungen durch private oder andere Organisationsformen ersetzt werden" sollen, lassen nichts Gutes für die Zukunft erwarten (S.9/1.2). Schließlich werden Gesundheitsversorgung, Arbeitslosenunterstützung, Pflegehilfe und noch einiges mehr von der AfD nicht zu den Kernaufgaben des Staates gezählt und dürften nach ihren Vorstellungen der Privatisierung zum Opfer fallen.

Die vom Bundesverfassungsgericht 1996 für grundgesetzwidrig erklärte Vermögenssteuer soll nicht reformiert sondern generell abgeschafft werden.

Der zahnlose Papiertiger mit dem Namen „Mietpreisbremse" ist in seiner Nutzlosigkeit unumstritten, ist der AfD aber immer noch zu viel Gängelung gegenüber den VermieterInnen (S.94/14.7). Die Abschaffung des in seiner jetzigen Form viel zu geringen (und mit Ausnahmeregelungen durchsiebten) Mindestlohns wurde zwar aus dem Grundsatz-Programm der AfD genommen, vom Tisch ist dieser Punkt aber keineswegs. Im Berliner-Wahlprogramm der AfD bleibt dieser nämlich bestehen. Dieser Widerspruch wird im „Donnerstalk" des ZDF im August 2016 von der stellvertretenden Vorsitzenden der AfD – Beatrix von Storch – nicht dementiert oder aufgeklärt.

Wer mit dieser Politik Probleme kriegt, weil am Ende von Lohn oder Rente immer noch viel Monat übrig ist, soll immer wieder daran erinnert werden, dass er ja Teil des großen, deutschen Ganzen sei. Das macht zwar nicht satter oder bezahlt die Rechnungen, hilft aber (zumindest eine Zeit lang), für Ruhe zwischen den Klassen zu sorgen. So wird eine „Deutsche Leitkultur" definiert (S.47/7.2), die sich an der „religiösen Überlieferung des Christentum", einer „wissenschaftliche-humanistischen Tradition" und „dem römischen Recht" orientieren soll und gegen einen angeblichen „Multikulturalismus" gerichtet ist. Ein Staatsbürgerschaftsrecht, dass sich ausschließlich über die Abstammung von anderen Deutschen Eltern definiert, passt da genau ins Bild (S.26/3.4) und so sei der „Anspruch auf Einbürgerung abzuschaffen" und der „frühere Status Quo des Abstammungsprinzips (galt bis 2000) wieder einzuführen sowie den Verlust der Staatsbürgerschaft bei bestimmten Tatbeständen im Rahmen geltenden Rechts zu forcieren". Dies entspricht sowohl der früheren „Blut- und Bodenideologie" der Nazis, nach deren Rassenwahn das „Deutschsein" biologistisch definiert wurde, als auch dem Staatsbürgerschaftsrecht der BRD, dass erst im Laufe der Jahrzehnte durch Ausnahmeregelungen dahingehend geändert werden konnte, dass man auch ohne deutsche Eltern bzw. Vorfahren Staatsbürger*in der BRD werden konnte. Eingebettet in die muffige Nestwärme dieses Nationalismus können jederzeit tatsächliche oder vermeintliche Nicht-Angehörige dieser „Leitkultur" ausgemacht und durch Diskriminierung zum Kanalisator für soziale Unzufriedenheit gemacht werden. Alles, was dieser definierten „Leitkultur" nicht entspricht, wird von der AfD „als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit" betrachtet.

Eine derartig aggressive nationalistische Rhetorik denkt die mögliche Eskalation natürlich gleich mit und so wird gefordert, dass für „alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren den Grundwehrdienst wieder einzusetzen“ sei (S32/4.4.2). Die Bundeswehr soll „in der Bevölkerung fest verankert“ sein und für eine „wehrhafte Demokratie wiederbelebt“ werden. Für Frauen soll weiter auf freiwilliger Basis die Möglichkeit bestehen, in die Bundeswehr einzutreten. Wer so jubelnd der Armee in den Arsch kriecht, verschweigt bewusst, dass die Bundeswehr spätestens seit dem NATO-Überfall auf Jugoslawien 1999 eine Armee im Kampfeinsatz ist. Mit den Lügen von „Friedenseinsätzen“, humanitären Missionen“ oder „gerechten Kriegen“ wurden ganze Weltregionen ins Chaos gestürzt, Millionen getötet, in die Armut und Obdachlosigkeit und letztlich zur Flucht gezwungen. Auch das Aufklären von Vergewaltigungen, Misshandlungen und entwürdigenden Ritualen würde bei einem solchen Umgang mit der Bundeswehr nicht leichter werden. Die Kritik an Einsätzen der Bundeswehr oder deren Ausweitung würde noch schärfer sozial geächtet und kriminalisiert werden, als das jetzt schon der Fall ist. So wird eifrig am Bundeswehreinsatz im Inneren gebastelt, was von der AfD wohl nicht wirklich abgelehnt werden dürfte. Dieser Einsatz im Inneren wird, gerade unter der AfD, wohl nicht auf Sandsäcke stapeln und Katastrophenhilfe beschränkt bleiben. Zu den militaristischen Vorstellungen passen repressive Vorstellungen, dass „ein ideologisch motiviertes übertriebenes Maß an Datenschutzmaßnahmen die Sicherheitsbehörden gelähmt und unverhältnismäßig bürokratisiert“ habe (S.27/3.6) oder dass das Strafmündigkeitsalter auf 12 Jahre herabgesenkt und somit in Zukunft Kinder in den Knast gesteckt werden können (S.25/3.1).

**www.allesselbermachen.noblogs.org**

Zuletzt soll mit den Positionen der AfD zur Umwelt noch einmal dargestellt werden, wie realitätsverweigernd und kapitalanbiedernd diese Partei ist. Es soll „Schluss mit der ‚Klimaschutzpolitik‘ […]“ gemacht werden, nachdem sie zuvor festgestellt hatte, dass „Kohlendioxid (CO2) […] kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil des Lebens“ sei (S.70/12.1). Ja - in Maßen und nicht in Massen, wie es unser Konsum und die kapitalistische Produktion seit über 150 Jahren in die Atmosphäre ballern. Wie es die AfD formuliert, liest es sich, als ob man mit ihr CO2-Raumerfrischer haben sollte. Dazu kommt eine, wieder die Realität ausblendende, verharmlosende Haltung zur Atomkraft. Der durch die Reaktorkatastrophe von Fukushima 2007 beschleunigte Ausstieg aus der gefährlichen Kernenergie wird durch die AfD in Frage gestellt, weil sie ohne die Atomenergie Engpässe in der Stromversorgung sieht (S.83/12.6). Während sie so den Kernkraftwerken in der BRD einen Unbedenklichkeitsschein ausstellt, was ihre Sicherheit anbelangt, den sie nicht verdienen, wäre der „Import von Strom aus unsichereren ausländischen Kernkraftwerken [...] weder für den Wirtschaftsstandort Deutschland sinnvoll“ noch trüge er „[...]zur Reduzierung der Risiken durch die Kernkraft bei“. Der eigenen nationalistischen Denke folgend, wären die BRD-Kraftwerke unbedenklich, so dass man ihre Laufzeit so verlängern kann, wie man es für notwendig hält, während gleichzeitig alle im Ausland stehenden, und manchmal von deutschen Ingenieur*innen mit deutscher Technik entworfenen und gebauten, Atomkraftwerken potentiell unsicher seien.

Die AfD ist die Partei des deutschen Kleinbürgertums, der mittelständischen Unternehmen, der Immobilieneigentümer, der deutschen Nationalisten und Rassisten. Sie ist die Partei jener, die unter der Globalisierung nicht zu den Gewinnern gehören. Die unter dem verschärften kapitalistischen Wettbewerb und Konkurrenzdruck, bedingt durch die Globalisierung, jammernden deutschen Unternehmen sollen wieder in eine vorteilhaftere Position auf dem Weltmarkt kommen und dies soll, wieder einmal, auf dem Rücken der lohnabhängigen Klasse geschehen. Während das exportorientierte Kapital (bspw. VW, Siemens, Bayer etc.) sich bisher gut von CDU/CSU; SPD und Co. vertreten fühlen, haben mittelständische Betriebe, Handwerksunternehmen und andere Selbstständige und auf den Binnenmarkt konzentrierte Unternehmen unter dem zunehmenden Konkurrenzdruck Probleme in der Erwirtschaftung ihrer Profite. Sie konnten bisher nicht von der europäischen Währungsunion oder der Globalisierung kapitalistischer Abläufe profitieren.

Dementsprechend stört der Kapitalismus mit all seinen Verwerfungen für Mensch, Natur und Umwelt die AfD nur dort, wo er einen Nachteil für deutsche Unternehmen bedeutet. Das ist keine Alternative, sondern die gleiche Scheiße, die wir auch durch die bisherige Parteien reingedrückt bekommen haben. Das nationalistisch-ideologische Tamtam und das aggressive Eintreten für einen Rollback in ein romantisch-verklärtes Deutschland der 1950er Jahre sind lediglich das auffälligste Merkmal dieser Partei. Der von der AfD bediente Rassismus, Nationalismus, Sexismus, Antifeminismus, Autoritarismus, Militarismus, die Homophobie und vieles weitere, speist sich aus dem, was in den letzten Jahrzehnten von Parteien, Medien und Gesellschaft selber verbreitet und vorbereitet wurden. Wer A sagt, muss auch B nehmen. Die jetzige AfD ist das Produkt der islamfeindlichen Debatten, die spätestens seit den Anschlägen auf das World Trade Center am 11.09.2001 den Islam immer nur unter rassistischen Vorzeichen und mit dem Zusatz „Terror“ denken konnten und können, um nicht zuletzt eine Legitimation für militärische Interventionen dort zu haben, wo es militärische, wirtschaftliche oder machtpolitische Interessen der kapitalistischen Staaten durchzusetzen galt und gilt. Gesellschaftspolitisch wirft die AfD den bisherigen Parteien nur vor, einfach nicht „radikal“ genug zu sein und will diese auf dem gleichen Weg lediglich überholen, anstatt, wie propagiert, eine andere Richtung einzuschlagen. Auch ohne Regierungsbeteiligung der AfD auf irgendeiner Ebene, haben ihre bisherigen Erfolge dazu geführt, dass sich die übrigen Parteien weiter nach rechts bewegen, um nicht zunehmend Wähler*innen zu verlieren. Je nachdem, in welcher Gesellschaft man leben will, ist das gefährlich. Es reicht nicht aus, dass die AfD nicht in irgendwelche Stadträte oder Parlamente einzieht, wenn mit den gleichen Inhalte so oder ähnlich dann von CDU/CSU, SPD, den Grünen oder anderen den Menschen das Leben schwer gemacht wird.

Der Kampf gegen Rassismus und Nationalismus geht also über den Kampf gegen die AfD hinaus und muss die gesellschaftlichen Verhältnisse ins Fadenkreuz nehmen, die den Nährboden für ausgrenzende, diskriminierende und ausbeuterische Verhältnisse bilden. Denn eine andere Welt ist nötig und die kann nicht mit, sondern nur gegen die AfD erkämpft werden.

**Alternativen zum Kapitalismus,**
**statt Alternative für Deutschland!**

**Jeden Freitag ab 20 Uhr ist das Antifaschistische Café (Cyriaksring 55) geöffnet.**

Es gibt: Veranstaltungen, Diskussionen, Zeitungen, T-Shirts, Flugblätter, an jeden 3. Freitag Essen für 2€, Rechtshilfeberatung durch die Rote Hilfe...

W W W W W W W W W W W W W W W W W W W W

# OFFENES ANTIFA TREFFEN

## INFORMIEREN X MITMISCHEN
## AKTIV WERDEN!

**Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat**
**um 19 Uhr im Antifaschistischen Café**

Beim Offenen Antifa Treffen können alle die sich antifaschistisch engagieren wollen, einfach vorbei kommen, um uns kennenzulernen, sich zu informieren, sich an den Diskussionen zu beteiligen, Ideen einzubringen. Auch kann bei der Planung und Organisation der nächsten Aktivitäten, wie z.B. Demonstrationen, Diskussions- und Informationsveranstaltungen, Flugblättern oder Pressemitteilungen mitgemacht werden.

W W W W W W W **www.antifacafe.de.vu** W W W W W W W

**ANTIFASCHISTISCHES PLENUM**

**OFFENES ANTIFA TREFFEN**

V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig